

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche
am 17.01.2019

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 21:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Prof. Dr. Martin Sauer

CDU

Herr Michael Ulrich Krüger
Herr Stefan Röwekamp
Herr Steve Wasyliw
Herr Michael Weber

SPD

Frau Sylvia Gorsler
Frau Susanne Kleinekathöfer
Frau Heike Peppmüller-Hilker
Herr Dirk Rickmann
Herr Reinhard Schäfers
Frau Graciela Toledo Gonzalez

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stephan Godejohann
Herr Gerd Militzer
Frau Renate Niederbudde

BfB

Frau Renate Dederling

Die Linke

Frau Inge Bernert
Herr Dr. Hartwig Hawerkamp

Nicht anwesend:

Zu Punkt 1

Wahl der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin/des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters für den Stadtbezirk Schildesche

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer fordert die Bezirksvertretungsmitglieder auf, Wahlvorschläge für die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin/den stellvertretenden Bezirksbürgermeister zu nennen.

Genannt werden:

- Frau Sylvia Gorsler (SPD)
- Herr Steve Wasyliw (CDU)

Anhand der Wahlvorschläge werden Stimmzettel erstellt und verteilt.

Nachdem die Bezirksvertreter und Bezirksvertreterinnen ihre Stimme schriftlich abgegeben haben, werden die Stimmen durch die Fraktionsvorsitzenden ausgezählt.

Herr Bezirksamtsleiter Hansen gibt das Ergebnis der Wahl bekannt:

- 17 Stimmen wurden abgegeben
- alle Stimmzettel sind gültig
- 12 Stimmen entfallen auf Frau Gorsler
- 5 Stimmen entfallen auf Herrn Wasyliw

Herr Hansen stellt fest, dass damit Frau Gorsler zur stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin gewählt ist.

Die Einführung und Verpflichtung wird durch die Unterschriften von Herrn Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer und Frau Gorsler in der Niederschrift über die Verpflichtung, die die Verpflichtungsformel enthält, bestätigt.

Frau Gorsler bedankt sich für die Wahl.

Zu Punkt 2

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

-.-.-

Zu Punkt 2.1 Andrea Niebuhr, Laßheider Weg 60, 33699 Bielefeld als Vermieterin für die Straße "Rübenkamp"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Niebuhr beantragt, die äußerst angespannte Parkplatzsituation in der Straße „Rübenkamp“ durch die Errichtung weiterer Stellplätze zu entlasten. Die zur Verfügung stehenden Parkplätze decken bei weitem nicht mehr den Bedarf, der durch die zunehmende Motorisierung der Anwohner im Laufe der Jahre entstanden ist. Durch die Ausweisung von Parkverbotflächen seitens der Behörde und trotz der Errichtung von Parkflächen auf Privatgrundstücken - zwecks Sicherung eines Stellplatzes - hat sich die Situation fortlaufend verschlechtert. Inzwischen entfallen auch Flächen, die zuvor, unabhängig von den ausgewiesenen Parkplätzen, problemlos beparkt werden konnten. Ein Ausweichen in Nachbarstraßen ist keine Alternative. Dort zeigt sich ein ähnliches Bild. Auch können aufgrund der Zuwegung nicht auf allen Flurstücken Parkplätze in Privatinitiative geschaffen werden.

Sie bittet zu prüfen, ob nicht in der Verlängerung der bestehenden Parkplätze weitere Stellplätze auf städtischem Grundstück errichtet werden können (Flur 42, vorgelagert dem Flurstück 371). Vielleicht könnte auch der untere Teil der vor Kopf der Straße befindlichen städtischen Grünfläche so umgestaltet werden (ohne das Grünkonzept aufzugeben!, evtl. mit Rasensteinen), dass dort Autos parken können.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Beriwan Bro, Wertherstraße 148, 33615 Bielefeld - Beleuchtung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Bro beklagt die schlechte Beleuchtungssituation auf dem direkten Weg von der Stadtbahnhaltestelle der Linie 4 „Graf von Stauffenbergstraße“ bis zum Wohnheim in der Wertherstraße 148 und das damit verbundene Unsicherheitsgefühl in der Dunkelheit. Sie hat bereits den Sozi-

al- und Kriminalpräventiven Rat der Stadt Bielefeld (SKPR) informiert: Hier stimmt man ihrem Anliegen zu, sieht jedoch derzeit keine finanziellen Möglichkeiten, Laternen anzubringen.

Frau Bro befragt die BV Schildesche, ob sie Möglichkeiten sieht, für eine bessere Beleuchtung zu sorgen.

Zu Punkt 2.3 **Jörn Kornfeld, Am Knick 7, 33613 Bielefeld - Sanierung Schloßhofstraße**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Herr Kornfeld beklagt die augenscheinlich unnötigen Verzögerungen beim Ausbau der Voltmannstraße, wodurch sich die Baumaßnahmen sehr in die Länge gezogen haben. Seine Frage lautet, wie sichergestellt wird, dass beim Ausbau Schloßhofstraße solche extremen Verzögerungen ausbleiben.

Herr Weber erklärt, dass die Bezirksvertretung Schildesche dafür eintritt, dass die notwendigen Ausbaumaßnahmen der verschiedenen Straßen nacheinander erfolgen. So soll der Ausbau der Jöllenbecker Straße erst in Angriff genommen werden, wenn die Maßnahmen in der Schloßhofstraße abgeschlossen sind.

Herr Kornfeld fragt weiter, ob Sanierungsmaßnahmen für die Straße Flehmannshof geplant sind, da sich auch diese Straße in einem sehr schlechten Zustand befindet.

Zu Punkt 2.4 **Werner Epler, Wilhelm-Heiner-Straße 15, 33615 Bielefeld - Wege Grüngürtel hinter dem Polizeipräsidium Kurt-Schumacher-Straße**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Herr Wasyliw hat auf Bitten von Herrn Epler Fotos verteilt, die den schlechten Zustand der Wege anzeigen. Die Fotos sind nach nur einem längeren Regentag angefertigt und zeigen deutlich, dass es nicht möglich ist, trockenen Fußes die Wege bei Regen zu nutzen – wobei das ja der

Zweck der Wege seine sollte. Herr Wasyliw regt an zu prüfen, ob es nicht genügt, die Pflasterung aufzunehmen und den Unterbau zu erneuern.

-.-.-

Zu Punkt 3

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 41. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 15.11.2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Bernert erkundigt sich, ob gemäß TOP 13 der letzten Niederschrift die städtischen Kitas ihre Anträge für die restlichen Sondermittel rechtzeitig stellen konnten. Herr Hansen erklärt, dass alle Mittel bereits ausgezahlt wurden und ergänzt, dass für 2019 bereits jetzt Anträge gestellt werden können. Dies soll den Kitas mitgeteilt werden.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 15.11.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

4.1 Sportplatz Stadtheider Straße

Die Damenabteilung des DSC Arminia trainiert auf dem Sportplatz Stadtheider Straße. Das Sportamt teilt mit, dass der Verein einen Container auf dem Sportplatz aufstellen möchte, den der Verein selbst finanziert. Der Container wird 2 x 3 m groß sein und dient der Aufnahme von Trainingsmaterial. Absprachen mit den anderen Vereinen, die den Sportplatz auch nutzen, dem Sportamt und dem ISB sind bereits erfolgt.

4.2 Jahresempfang am 15. Februar 2019

Der Jahresempfang findet am 15.2.2019 ab 17 Uhr auf dem Halhof statt. Die Einladungen sind Anfang Januar verschickt worden.

4.3 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

Der Rat hat in seiner Sitzung am 6.12.2018 den aktuellen Umsetzungsbestand des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, 1. Kapitel beschlossen:

Beschluss:

1. Die am 28.4.2016 im Rat beschlossene Förderung der Radverkehrsprojekte „Sudbrackstraße zwischen Grasweg und Lange Straße“ und „Oerlinghauser Straße zwischen Detmolder Straße und OD-Grenze“ wird nicht aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes umgesetzt.
2. Die daraus freiwerdenden Mittel in Höhe von insgesamt 1,06 Mio. Euro sollen für eine Erweiterung der Radverkehrsmaßnahme „Herforder Straße zwischen Nahariyastraße und Beckhausstraße“ (+ 170.000 Euro) sowie zur Kompensation der entstandenen Mehrkosten am Kreisverkehrsplatz Detmolder Straße (+ 166.522,64 Euro) und zur energetischen Sanierung des Nebengebäudes der Musik- und Kunstschule (+832.077,36 Euro) verwendet werden.

-einstimmig beschlossen-

4.4 Prüfung Geschwindigkeitsbegrenzung Schloßhofstraße

Aufgrund einer Eingabe eines Bürgers wurde geprüft, ob eine Tempobeschränkung auf 30 km/h angeordnet werden könne. Dazu teilt das Amt für Verkehr Folgendes mit:

Die Schloßhofstraße ist zwischen Voltmannstraße und Melanchthonstraße sanierungsbedürftig. Der Zustand der Straße ist allerdings nicht so schlecht, dass die zulässige Geschwindigkeit aus Gründen der Verkehrssicherheit auf Tempo 30 reduziert werden müsste. In der Vergangenheit haben wir in Straßen mit vergleichweisen Verkehrsbelastungen (Voltmannstraße, Potsdamer Straße) abschnittsweise Tempo-reduzierungen angeordnet. In diesen Straßen waren die Schäden (z.B. Grundbrüche) allerdings noch ausgeprägter.

Im Frühjahr 2019 beginnen im angesprochenen Abschnitt Arbeiten an den Versorgungsleitungen und Kanälen. Auch die Sanierung der Straße steht unmittelbar bevor. In diesem Zusammenhang wird schon recht kurzfristig mit einer deutlichen Abnahme der Kfz- Verkehrs auf der Schloßhofstraße zu rechnen sein.

4.5 Mitarbeit an der Karte der inoffiziellen Ortsteilgrenzen

Per Mail wurden die Mitglieder der BV Schildesche über die vom Amt für Geoinformation und Kataster erstellte vorläufige Karte mit historisch gewachsenen Grenzverläufen informiert. Das Amt freut sich über die weitere Mitarbeit von „Ortskennern“.

Während der Sitzung der Bezirksvertretung wird vorgeschlagen, dass der Heimatverein Schildesche eingebunden und die vorläufige Karte weitergeleitet wird.

4.6 Baumfällung Am Meierteich

Der Umweltbetrieb teilt am 15.1.2019 Folgendes mit:

Leider muss im Waldstück angrenzend an die Grünanlage Meierteich/ Am Bruche eine große Buche gefällt werden.

Es handelt sich bei dem Baum Nr. 370 um eine ca. 30 m hohe Buche die in ca. 10 m Höhe eine Spechthöhle aufweist. Die Höhlung in dem Baumstamm hat solche Ausmaße erreicht, dass die Restwandstärke des Baumes nicht ausreicht, die darüber befindliche Baumkrone sicher zu tragen.

Bei Sturm besteht die Gefahr, dass der Baum unkontrollierbar auseinander bricht. Die notwendige Fällung ist aufgrund der sehr hohen Fußgängerfrequenz und Freizeitnutzung des Waldstückes leider unumgänglich.

Es wird versucht, den Stamm incl. der Spechthöhle als sog. Habitatbaum zu erhalten.



4.7 Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße Am Bruche

In der Straße Am Bruche sind die über 40 Jahre alten Masten nicht mehr standsicher und das vorhandene über 40 Jahre alte bleiarmlerte Erdkabel abgängig. Daher sollen die vorhandenen 5 Meter hohen Masten ausgetauscht und die Maststandorte angepasst werden. Gleichzeitig soll das vorhandene Erdkabel gegen kunststoffisoliertes Erdkabel ausgetauscht werden. Da die Stadtwerke Bielefeld in der Straße aktuell den Breitbandausbau planen, soll hier eine kostengünstige Mitverlegung erfolgen.

Um Wurzelschäden zu vermeiden, wird die Beleuchtung zwischen der Sudbrackstraße und der Hausnummer 17 auf die Hausseite wechseln. Durch zwei zusätzliche Masten wird sich zusätzlich eine Verbesserung der Ausleuchtung ergeben. Auf den zusätzlichen Masten sollen auch LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 zum Einsatz kommen. Die Gesamtkosten für diese Baumaßnahme betragen ca. € 62.500,-. Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen.

4.8 Lebenslagenbericht 2017/2018

Der Lebenslagenbericht 2017/2018 wird am 22.1.2019 im SGA vorgestellt. Per Mail ist der Bericht den Mitgliedern weitergeleitet worden. Mehrere Mitglieder der Bezirksvertretung wünschen eine Berichterstattung des Fachamtes in einer der nächsten Sitzungen.

4.9 Pflanzschule – Cafeteria

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer teilt mit, dass der Bau der Ca-

feteria der Plafschule 2021 abgeschlossen sein soll. Die bisherige Cafeteria wird dann zu zwei Klassenräumen umgebaut, so dass die Container, die als Zwischenlösung aufgestellt wurden, 2021 wieder abgebaut werden können.

4.10 Plafschule Schwimmbad

Auf die Nachfrage von Frau Kleinekathöfer berichtet Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer, dass es Probleme bei der Sanierung des Plafbades gegeben habe. Aufgrund von Schäden, die eine Baufirma verursacht hat, musste der Hubboden abgebaut werden. Die Schule besteht auf den Wiedereinbau. Gegen die beteiligten Firmen läuft ein Rechtsverfahren, so dass nicht mit Zahlungen der Stadt zu rechnen ist.

Herr Wasyliw unterstützt den Wiedereinbau des Hubbodens, weil das Bad dadurch ein Multifunktionsbad ist.

Zu Punkt 5

Anfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zu Punkt 5.1

Anfrage der Fraktion Die Linke zum Gebäude des LZG NRW v. 03.01.2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7825/2014-2020

Auf die Anfragen der Fraktion Die Linke zum offensichtlichen Leerstand im Gebäude des „Landeszentrum für Gesundheit NRW LZG“ an der Westerfeldstraße

1. Ist vom LZG eine genauere Information über die fachliche Perspektive unter Einbeziehung des Gebäudes in Schildesche zu erhalten?
2. Wer ist Eigentümer des Gebäudes und gibt es zukünftige Nutzungspläne?

teilt der Direktor des LZG in Bochum folgende **Antworten** mit:

1. Das LZG hat seinen Standort Bielefeld bereits vor einem Jahr aufgegeben und am 15.1.2018 gemeinsam mit anderen Betriebs- teilen aus Bochum und Münster den Neubau auf dem Gesund- heitscampus Bochum bezogen. Das Gebäude in Bielefeld war gemietet, über die aktuellen Planungen des Eigentümers hat das LZG keine Kenntnis.
2. Der Eigentümer des Gebäudes ist eine Privatperson.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Anfrage der Fraktion Die Linke zu den Gebäuden Ecke Wester- feldstraße/ Engersche Straße 2 v. 02.01.2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7826/2014-2020

Auf die Anfrage der Fraktion Die Linke:

Wie zu erfahren ist, hat ein Investor die Gebäude an der Ecke Wester- feldstraße/Engersche Straße 2 einschließlich der dahinterliegenden Giesselmannschen Mühle erworben und beabsichtigt, dort Wohnungen zu bauen. Derzeit gibt es Auseinandersetzungen mit der Nachbarschaft bezüglich Einhaltung von Abstandsgrenzen zu bisherigen Gebäuden etc.

Inwieweit ist diese Bauvorhaben fortgeschritten? Besteht schon ein Be- bauungsplan?

antwortet das Bauamt wie folgt:

Die angefragte Fläche befindet sich innerhalb des seit dem 01.04.1986 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes II/2/19.01 „An der Probstei“, wel- cher die Festsetzungen für eine Bebauung vorgibt.

Es liegt seit dem 19.12.2018 ein Abbruchartrag für das angefragte Grundstück vor, der sich derzeit in Bearbeitung befindet.

Ein Bauantrag oder eine Bauvoranfrage liegen derzeit nicht vor.

Herr Wasyliw bittet das Bauamt um Mitteilung an die BV Schildesche, wenn ein Bauantrag oder eine Bauanfrage vorliegt.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 5.3 Anfrage der Fraktion Die Linke zur zukünftigen Verkehrssituation "An der Reegt" v. 02.01.2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7828/2014-2020

Die Fraktion Die Linke stellt zur BV Sitzung folgende Anfragen zu dem Beschluss, dass der Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule zukünftig an zwei Standorten stehen wird. Durch diese beiden Standorte führt die Straße „An der Reegt“, die von den Schülerinnen und Schülern der MNG überquert werden muss.

Die Fragen an die Verwaltung lauten wie folgt:

- Wie soll die verkehrstechnische Situation „An der Reegt“ gelöst werden?
- Weiß die Stadt, wie MoBiel diese Situation einschätzt? Wie schätzt MoBiel die Gefährdung ein, die sich möglicherweise auch für ihre eigenen Mitarbeiter ergibt?
- Oder gibt es bereits andere verkehrstechnische Konzepte, über die bisher nicht informiert wurde?

Die Antworten auf diese Fragen liegen noch nicht vor.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer ergänzt, dass der Ratsbeschluss für den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule aufgrund des Beschlusses der BV Schildesche den Zusatz enthält, dass ...“beim Architektenwettbewerb eine sichere ebenerdige Wegeverbindung zwischen den Teilgebäuden (einschließlich Turnhallen) und der Stadtbahnhaltestelle in den Entwürfen mit berücksichtigt werden soll.“

Insofern könne eine Antwort erst nach Ablauf des Architektenwettbewerbs vorliegen.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 5.4 Nachfrage zur Anfrage vom 25.10.2018 der Fraktion B 90/Die Grünen zur Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet Schildesche

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Die Nachfrage wird vom Amt für Verkehr wie folgt beantwortet:
Die derzeit eingesetzten LED-Leuchten der Firma WE-EF vom Typ VFL540 haben für die verschiedenen Straßenanordnungen und Klassifizierungen unterschiedliche Linsenformen zur Lichtlenkung. Bei der Firma WE-EF, wie auch bei allen anderen Herstellern liegt der Abstrahlwinkel für Anliegerstraßen bei maximal 75 Grad und bei Hauptverkehrsstraßen bei 65 Grad. Ein höherer Abstrahlwinkel würde zu einer nicht vertretbaren Blendung der Verkehrsteilnehmer führen. Somit ergibt sich bei einer Lichtpunkthöhe von maximal 5 Metern ein Mastabstand von etwa 40 Metern.

In der Sitzung regte Herr Röwekamp an, auf das Abschalten einzelner Lampen spätabends zu verzichten. Dazu nimmt das Amt für Verkehr wie folgt Stellung:

Die in den 1980-er Jahren praktizierte Abschaltung jeder 2. Leuchte zur Energieeinsparung wurde mit der Neuinstallation von Leuchten sukzessive zurückgenommen. Der letzte verbliebene Straßenzug befindet sich derzeit noch an der Detmolder Straße. Allerdings wird das Beleuchtungsniveau in den Anliegerstraßen zwischen 22:30 Uhr und 04:30 Uhr gleichmäßig um 50% reduziert.

Herr Röwekamp merkt an, dass er mit seiner Frage erklärt haben wollte, warum von den vier Riegeln einer LED-Lampe ab 22 Uhr die beiden äußeren Riegel abgeschaltet werden? Dadurch werde es insgesamt dunkler und die Schattenfelder zwischen den Leuchtmasten größer. Das Abschalten müsse später geschehen. Dies sei noch nicht ausreichend beantwortet.

Herr Krüger berichtet, dass im Bereich Westerfeldstraße/Ecke Siemensstraße einzelne Laternen nicht leuchten. Das Amt für Verkehr wird um Stellungnahme gebeten.

-.-.-

Zu Punkt 5.5

Anfrage der CDU-Fraktion zur Aufstellung von Schildern am Horstheider Weg "Fahrradfahrer können auch die Straße nutzen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7980/2014-2020

Herr Krüger reicht die Anfrage zur Aufstellung von Schildern für Radfahrer am Horstheider Weg ein:

„Das jetzige Befahren bedeutet ein hohes Gefährdungspotential, z. B. in

Höhe der Querung am Grünzug aufgrund von Fahrstreifenbegrenzung (Verkehrs-Zeichen Nr. 295) durchgezogene weiße Linie, die bei Nichtachtung der StVO unweigerlich ein Bußgeld nach sich zieht bis hin zu Punkten bzw. Fahrverbot.

Warum stehen diese Schilder nicht auf anderen Straßen, die z. B. durch das Verkehrsschild „Gemeinsamer Geh- und Radweg“ (Verkehrs-Zeichen 240) gekennzeichnet sind?

Lt. Auskunft stehen diese Gebotsschilder nur auf Einfall-/Radialstraßen wie z.B. Jöllenbecker Straße, Talbrücken- oder Westerfeldstraße.

Ich bitte die Verwaltung zu prüfen, ob es die Möglichkeit gibt dieses Verkehrsschild auch dort zu installieren, da diese Straße ebenso eine Einfallstraße ist und von vielen PKW genutzt wird. Die alte Begebenheit zeigt einen gut ausgebauten Radweg auf Hochbordebene mit hohem Sicherheitsempfinden. Der Radweg ist relativ eben und übersichtlich.

Auch die Meinung ein Radweg muss auf Straßenniveau gelegt werden, ist nicht nachvollziehbar, da z. B. bei der Neuplanung der Jöllenbecker Straße (Ausbau VAMOS und Barrierefreiheit) eine Radverbindung auf Hochbordebene denkbar ist und den politischen Gremien vorgestellt wird.“

Die BV Schildesche nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 6

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

-.-.-

Zu Punkt 6.1

Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen: Reparaturen am Straßenbelag im Zuge des Glasfaserausbaus in Sudbrack v. 07.01.2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7843/2014-2020

Herr Godejohann stellt den Antrag vor:

„Im Zuge der Verlegung von Glasfaser-Kabeln im Stadtteil Sudbrack

musste an vielen Stellen die Asphalt-Decke der Straßen aufgerissen werden. Die anschließenden Reparaturen wurden in sehr unterschiedlicher Qualität durchgeführt, an einigen Stellen ist sie nicht akzeptabel.“

Er ergänzt, dass es sich nicht nur um die Straßenquerungen handelt, sondern dass es auch um die Pflasterung der Fußwege/Bürgersteige geht.

Frau Peppmüller-Hilker und Frau Bernert berichten von den Straßen Josef-Köllner-Straße und Fraunhoferstraße, bei denen sich nach der Verlegung der Breitbandkabel der Zustand der Oberflächen deutlich verschlechtert hat. Herr Hawerkamp erklärt, dass es sich bei den Arbeiten um unterschiedliche Bautechniken handelt. Entgegen den Vorankündigungen werden die Kabel häufig nicht durchgeschossen, da diese Technik nur bei einer ausreichenden Länge angewandt werden kann. Sonst werden auf herkömmliche Art Löcher gegraben. Zusätzlich werden die Straßenoberflächen durch Schwerst-LKW geschädigt.

Frau Gorsler begrüßt grundsätzlich die Modernisierung, besteht aber auch darauf, dass die Arbeiten so ausgeführt werden, dass der Zustand der Straßen hinterher nicht verschlechtert ist.

Die BV Schildesche bitten das Amt für Verkehr, in dem Gebiet in Sudbrack, in dem Glasfaser verlegt wurden,

- bei allen Straßenquerungen *und Fußwegen/Bürgersteigen* zu überprüfen, ob die Reparaturen in der erforderlichen Qualität durchgeführt wurden
- ggf. die Baufirmen bzw. den Auftraggeber BiTel aufzufordern, entsprechend nachzubessern
- *die Schäden, die durch LKW z.B. in der Josef-Köllner-Straße angerichtet wurden, zu reparieren*
- *die ordentliche Wiederherstellung der Ablageplätze zu gewährleisten*
- über das Ergebnis die BV Schildesche zu informieren

Die kursiv-gedruckten Textstellen sind in der Sitzung der BV Schildesche besprochen worden und ergänzen den ursprünglichen Antrag.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Umbau der Jöllenbecker Straße zur Ertüchtigung für den VAMOS-Einsatz, Herstellung der Barrierefreiheit und Verringerung der funktionalen Mängel für den Rad- und Fußgängerverkehr - 2. Lesung -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7522/2014-2020

Herr Eichhorn vom Amt für Verkehr, Frau Busch und Herr Hartwig Meier von MoBiel stellen die Präsentation zum Ausbau Jöllenbecker Straße vor und stehen für Fragen zur Verfügung.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer erläutert, dass sich im November 2018 die AG Verkehr mit Herrn Eichhorn, Frau Busch und Herrn Meier getroffen hat. Die heutige Präsentation könne folglich kurz ausfallen, da die BV-Mitglieder bereits informiert sind.

Herr Eichhorn erläutert die Gründe, die zum Ausbau der Jöllenbecker Straße führen:

1. Der Gleisabstand ist zu eng für die neuen VAMOS-Straßenbahnen. Diese bieten mehr Komfort und sollen zukünftig eingesetzt werden.
2. Die Parkstandbreite für parkende Autos ist zu schmal.
3. Die Fuß- und Radwege sind zu eng. Bis zum Jahr 2025 soll der Anteil der Radverkehrsteilnehmer 25 % betragen. Um das zu erreichen, müssen alltagstaugliche Radwege gebaut werden, die auch für ungeübte Verkehrsteilnehmer geeignet sind.

Herr Eichhorn erklärt die zukünftige sicherere Führung des Radverkehrs. Das Sicherheitsgefühl für Radfahrer sei auf Hochbordradwegen höher als auf Radfahrstreifen. Wichtig ist eine geeignete Führung im Einmündungs-/Kreuzungsbereich. Es müsse darauf geachtet werden, dass abbiegende Autofahrer die Radfahrer gut im Sichtfeld haben. Weiter gibt es weniger Behinderungen für Radfahrer durch parkende Autofahrer. Außerdem sind weniger Leitungsverlegungen beim Einsatz von Hochbordradwegen erforderlich.

Herr Meier erläutert die Gründe für den Bau der Hochbahnsteige „Lange Straße“ und „Voltmannstraße“. Die bisherigen Haltestellen sind nicht barrierefrei. Barrierefreiheit ist gesetzlich ab 2022 vorgeschrieben. Das bedeutet, dass solche Haltestellen entweder umgebaut werden oder wegfallen müssen.

Die Haltestelle „Voltmannstraße“ wird häufig durch ihre Nähe zur Haltestelle „Babenhausen Süd“ als überflüssig angesehen. Herr Meier erklärt, warum ein Umbau dieser Haltestelle zum Hochbahnsteig dennoch sinnvoll ist. Knapp 1.000 Fahrgäste nutzen sie täglich. Die Lage ermöglicht eine Verlängerung in alle Richtungen, zum Beispiel nach Jöllenbeck oder zum Hochschulcampus, ohne sich jetzt schon festzulegen. Wenn ein Haltestellenstandort zu hinterfragen ist, dann eher die Haltestelle „Babenhausen Süd“, da sie für zukünftige Anforderungen zu klein ist.

Herr Eichhorn geht auf die Prüfaufträge ein, die sich durch das Treffen mit der AG Verkehr ergeben haben:

1. Der Wunsch nach einer vergrößerten Aufstellfläche an der Straße Auf der Hufe am südlichen Bahnsteigzugang: Dies ist möglich und wurde bereits in die Pläne übernommen.
2. Autofahrer, die von der Straße Schelpsheide in die Jöllenbecker Straße fahren, können nach dem erfolgten Umbau nur noch nach rechts

abbiegen. Deshalb sollte die Möglichkeit überprüft werden, ob ein U-Turn nach der Haltestelle „Lange Straße“ möglich wäre. Da die Straße dort sehr eng ist, ist nach der StVO eine offizielle Führung mit U-Turn dort nicht möglich.

3. An der Jülicher Straße soll die Fußgängersignalisierung erhalten werden. Hier ist die Prüfung noch nicht abgeschlossen, der Wunsch kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit erfüllt werden.
4. Die Führung des Radverkehrs in der nördlichen Zuführung auf den Knotenpunkt Jöllenbecker Straße/Voltmannstraße soll verändert werden. Die Umsetzung dieses Wunsches ist derzeit noch in Arbeit.
5. Es sollte geprüft werden, ob der Radfahrstreifen durch ein kleines Rundbord separiert werden kann. Ein solches Rundbord ist nach Einschätzung der Straßenverkehrsbehörde als Hindernis zu bewerten und nicht zulässig.
6. Im Bereich der Apotheke an der Jülicher Straße sollte geprüft werden, ob zusätzliche Stellplätze eingerichtet werden können. Dies ist nicht möglich, da diese Stellplätze die Sicht der Autofahrer behindern würden, die aus der Jülicher Straße in die Jöllenbecker Straße einbiegen möchten.

Herr Krüger stellt Detailfragen zum Straßenverlauf bzw. zu den Ausfahrten vom Edeka- und Penny-Markt, die Herr Eichhorn sofort beantwortet. Weiter merkt Herr Krüger an, dass im Plan häufig davon die Rede ist, dass Grunderwerb erforderlich ist. Auf seine Frage, ob die Anrainer bereits informiert sind, erläutert Herr Eichhorn, dass dies geschehen werde, sobald die Zustimmung zu den Vorplanungen erfolgt ist.

Frau Kleinekathöfer erkundigt sich danach, ob es vorgesehen ist, die Anlieger an den Kosten zu beteiligen. Sie weist daraufhin, dass die Straße in einem guten Zustand ist und dass es nur schwer vermittelbar wäre, wenn die Bewohner Kosten übernehmen müssten.

Weiter fragt sie nach, ob der eventuelle Ausbau der Straßenbahn nach Jöllenbeck entlang der Jöllenbecker Straße geplant sei? Herr Meier erklärt, dass dies noch völlig offen sei. Für den Ausbau Richtung Jöllenbeck sei aber eine Vorhaltetrasse vorgesehen, müsse also gemäß politischen Beschluss berücksichtigt werden. Dazu sei die Haltestelle „Voltmannstraße“ notwendig.

Auf die Frage nach dem Belag der Radwege erklärt Herr Eichhorn, dass dies nach geltendem Regelwerk ausgeführt werde. Herr Godejohann schlägt vor, die Radwege mit rotem Teer zu belegen. Zwischen Rad- und Fußwege solle ein breiter weißer Streifen aufgetragen werden. Er erinnert daran, dass auf dem Hochbordradweg möglichst keine „Berg- und Talfahrt“ entstehen soll.

Herr Röwekamp vermisst insgesamt ein schlüssiges Konzept für Fahrradfahrer. Er gibt zu bedenken, dass auch hier bei dem geplanten Ausbau der Jöllenbecker Straße für Fahrradfahrer keine eigene Spur vorhanden ist. Sie müssen sich eine Spur mit den Fußgängern teilen. Er regt an, dass die Verwaltung im größeren Rahmen ein Konzept für Radfahrer

entwickeln solle, sonst sei das Ziel, „25 % Radverkehrsanteil bis 2025“ nicht zu halten.

Herr Röwekamp regt an, Flüsterasphalt als Belag für die Jöllennecker Straße zu verwenden.

Herr Wasyliw spricht sich dafür aus, dass die Führung der Radfahrer auf Hochbordradwegen in ein Regelwerk aufgenommen werden soll, das eine Gültigkeit von mindestens 10 Jahren haben müsse. Außerdem müssten die neuen Hochbordradwege an der Jöllennecker Straße verpflichtend für Fahrradfahrer werden. An einigen Bielefelder Straßen gibt es Schilder, wonach Fahrradfahrer nicht verpflichtet sind, den Fahrradweg zu benutzen. Das müsse an der Jöllennecker Straße klar geregelt sein.

Herr Wasyliw und Herr Weber bitten um Prüfung, ob die beiden Haltestellen „Koblenzer Straße“ und „Lange Straße“ nicht Richtung Norden verschoben werden können, so dass die Haltestelle Voltmannstraße entbehrlich wird. Herr Meier erläutert, dass eine Verlegung der genannten Haltestellen aufgrund fehlenden Platzes nicht möglich ist. Die Haltestelle „Koblenzer Straße“ ist zudem noch so neu, dass bei einem Rückbau Gelder zurückgezahlt werden müssten.

Frau Gorsler erklärt, dass die Entscheidung für die Anschaffung der Straßenbahnen Typ VAMOS gefallen sei. Dann müssen folgerichtig auch entsprechende Hochbahnsteige gebaut werden. Sie plädiert für den Ausbau der Haltestelle „Voltmannstraße“, da die vorgetragene Argumente nachvollziehbar seien. In den letzten Jahren sei die Bevölkerung in Theesen und Jöllenneck so gewachsen, dass ein mittelfristiger Ausbau einer Straßenbahnlinie Richtung Jöllenneck zumindest denkbar sei.

Auf die Frage von Herrn Militzer, ob die Entscheidung, an der Jöllennecker Straße auf Hochbordradwege zu setzen bedeute, dass zukünftig überall entsprechende Radwege gebaut werden erläutert Herr Meier, dass das immer individuell entschieden werden. Auch zukünftig seien Radfahrstreifen möglich.

Herr Schäfers und Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sprechen sich für den Bau von Hochbordradwegen aus, weil sich nach neueren Erkenntnissen Menschen, die bisher wenig oder gar nicht Fahrrad fahren, auf diesen Wegen sicherer fühlen als auf Radfahrstreifen.

Es ergeht folgender

Die BV Schildesche bedankt sich bei Frau Busch, Herrn Meier und Herrn Eichhorn für die Erläuterungen.

Die Bezirksvertretung Schildesche und der Seniorenrat empfehlen, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt vorbehaltlich der Empfehlung

des Beirates für Behindertenfragen, der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt:

Die Planungen zum Umbau der Jöllenbecker Straße sollen auf Basis des Vorplanungskonzeptes weitergeführt werden unter Berücksichtigung der im Folgenden beschriebenen Rahmenvorgaben. Diese beinhalten die Ertüchtigung für den VAMOS-Einsatz auf eigenem Bahnkörper, die Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit und die Verringerung der funktionalen Mängel für den Rad- und Fußverkehr. Die dargestellte Vorplanung dient als Grundlage für die Genehmigungsplanung. Die Planfeststellung soll bei Vorliegen der Genehmigungsplanung beantragt werden.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Mobilitätsstrategie für Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7236/2014-2020/1

Herr Weber stellt den Antrag auf 2. Lesung für diese Vorlage. Bevor er die Vorlage beschließen kann, wünscht er weitere Informationen darüber, wie die Auswirkungen für Fußgänger, Radfahrer, Nutzer des ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) und nicht zuletzt Autofahrer konkret für den Stadtbezirk Schildesche aussehen.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer erklärt, dass diese Vorlage noch keine konkreten Auswirkungen für die Stadtbezirke darstellt. Es geht hier vorerst darum, die Ziele zu benennen, damit klar ist, was erreicht werden soll, nämlich den Anteil des Umweltverbunds am Gesamtverkehrsaufkommen bis 2030 auf 75 Prozent zu steigern. Die konkreten Maßnahmen, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, werden im nächsten Schritt erarbeitet.

In der nachfolgenden Diskussion wird deutlich, dass es hier unterschiedliche Auffassungen gibt. So betonen zum Beispiel Frau Kleinekathöfer, Herr Godejohann und Frau Bernert, dass zuerst ein Ziel formuliert werden muss, wenn etwas erreicht werden soll. Genau das soll mit dieser Vorlage geschehen. Anschließend werde die Verwaltung unter Einbeziehung der Bezirksvertretungen beauftragt, konkrete Maßnahmen vorzustellen und auszuwählen, um diese Ziele zu erreichen.

Für die CDU sind noch zu viele Einzelfragen ungeklärt. Sie sieht die Gefahr, dass Maßnahmen vorgegeben werden, über die die Bezirksvertretung dann nicht mehr entscheiden könne („Blanko-Scheck“). Zum Beispiel könne das Ziel, den Anteil der Fahrradfahrer auf 25 % zu erhöhen, nur erreicht werden, wenn genügend sichere Radwege angeboten werden. Ob das aber der Fall sein wird, sei noch völlig unklar. Aufgezwungen werden könne das nicht. Ungewiss seien auch die möglichen Folgen, was passiert, wenn die Ziele nicht erreicht werden.

Herr Meier (MoBiel) erklärt noch einmal das Verfahren. Mit dieser Vorlage soll nur ein gemeinsamer Kontext festgelegt werden, damit Einzelpläne wie der Radwegeplan und der Nahverkehrsplan in dieselbe Richtung zielen. Die konkreten Maßnahmen folgen in separaten Schritten, wenn zum Beispiel der Nahverkehrsplan und der Radverkehrsplan diskutiert werden.

Herr Weber (CDU) beantragt die 2. Lesung für diese Vorlage.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer lässt zuerst über diesen Antrag abstimmen:

Zustimmung: 4
Abgelehnt: 11
Enthaltungen: 2, folglich

- mit großer Mehrheit abgelehnt –

Sodann erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage. Es ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretungen und der Stadtentwicklungsausschuss empfehlen, der Rat beschließt folgende 6 Leitziele und Handlungsstrategien, die den derzeitigen Stand der verkehrs-, umwelt- und gesellschaftspolitischen Debatte in Bielefeld widerspiegeln und den Handlungsrahmen für eine veränderte Mobilitätspolitik im kommenden Jahrzehnt darstellen, mit dem der Anteil des Umweltverbunds am Gesamtverkehrsaufkommen bis 2030 auf 75 Prozent gesteigert werden soll:
 - Stadt- und Straßenräume lebenswert gestalten
 - Umweltverbund in einem vernetzten Verkehrssystem stärken
 - Gleichberechtigte Teilhabe aller Verkehrsteilnehmer sicherstellen
 - Erreichbarkeit für Bürger und Wirtschaft in Stadt und Region gewährleisten
 - Verkehrssicherheit erhöhen / „Vision Zero“
 - Negative Wirkungen des Verkehrs auf Gesundheit und Umwelt deutlich reduzieren

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Fertigstellung des Mobilitätsplans Maßnahmen auszuwählen, zu priorisieren und zu Maßnahmenbündeln zusammenzufassen, eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu konzipieren und durchzuführen, ein Monitoring- und Evaluationskonzept zur Fortschrittskontrolle zu erstellen sowie einem Aktionsplan mit Arbeitsschritten und eine Budgetplanung. Die zur

Erarbeitung der vorliegenden Mobilitätsstrategie aufgebaute Arbeitsstruktur aus Projektleitungsteam und Arbeitskreis soll aufrecht erhalten bleiben.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Abbruch des Gebäudes Kurt-Schumacher-Str. 1

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7796/2014-2020

Herr Weber bittet die Verwaltung, dafür zu sorgen, dass die BV Schildesche unmittelbar informiert wird, wenn es neue Pläne für das Grundstück gibt.

Die BV Schildesche nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 10

Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten an städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2019/2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7739/2014-2020

Herr Krüger trägt vor, dass laut der Beschlussvorlage unter anderem die Stiftsschule eine zusätzliche Eingangsklasse gebildet hat. Sie würde damit von der Zwei- zur Dreizügigkeit wechseln. Hat die Schule genügend räumliche Kapazitäten, um das für die Folgeschuljahre zu erfüllen?

Herr Schäfers stellt fest, dass ca. ein Drittel der Schülerinnen und Schüler aus dem Einzugsgebiet Schildesche Schulen in anderen Stadtbezirken wählt. In der nachfolgenden Diskussion wird deutlich, dass das in vielen Stadtbezirken der Fall ist. Häufig entscheiden sich die Schülerinnen und Schüler z.B. für die Labor- oder Klosterschule.

Es ergeht folgender

1. Gem. § 46 Abs. 3 S. 3 SchulG NRW wird an Grundschulen, an denen auch Sprachfördergruppen (ehem. Auffang- und Vorbereitungsklassen (AVK) bzw. Internationale Klassen) geführt werden,

die Zahl der Kinder in den Eingangsklassen wie im Vorjahr auf 25 Schülerinnen und Schüler begrenzt.

2. Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden für das Schuljahr 2019/20 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Anlage 1 festgelegt.
3. Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen sowie die Bezirksvertretungen sind anzuhören.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies noch erfordert.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Dritter Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld – Entwicklung von Szenarien

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7822/2014-2020

Herr Meier von MoBiel stellt die Vorlage vor. Er macht deutlich, dass mit dieser Vorlage nur die Vorgehensweise beschlossen wird.

Der Nahverkehrsplanentwurf wird dann ca. Mitte 2019 in den 10 Bezirken vorgestellt. Es wird noch festgelegt, wie die Beteiligung der Verkehrsverbände etc. erfolgt. Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer erklärt, dass er sich eine bevölkerungsoffene Veranstaltung wünscht.

Es ergeht folgender

Die BV Schildesche bedankt sich bei Herrn Meier für die Erläuterung der Vorlage.

Die Bezirksvertretungen empfehlen, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

- 1) Die Erstellung eines „Basisszenarios“ mit Erarbeitung von Maßnahmen in Anlehnung an den Status Quo
- 2) Die Erstellung eines „Maximalszenarios“ mit Erarbeitung von Maßnahmen zur maximalen Steigerung des ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen
- 3) Die Erstellung eines „Realszenarios“ mit Erarbeitung von Maßnahmen mit einem Umsetzungshorizont bis 2030

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Jahr der Demokratie 2019 - Vorgang liegt bereits vor -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer verweist auf die Mail zu dem Thema vom Büro des Rates. Er bittet die Mitglieder um Vorschläge, wie das „Jahr der Demokratie 2019“ gestaltet werden könnte.

- Herr Weber schlägt vor, eine Sitzung der Bezirksvertretung als demokratischen Teil unserer Gesellschaft vorzustellen und im Sommer an einem öffentlichen Ort anzubieten. Die Idee ist, dass jeder, der zufällig vorbeikommt, zuhören oder mitdiskutieren kann.

Frau Kleinekathöfer stimmt diesem Vorschlag zu und präzisiert, dass es eine öffentliche Bürgerveranstaltung werden könnte, um Menschen zu erreichen, die sich nicht in eine Sitzung trauen. So kann man erfahren, was die Bürgerinnen und Bürger wirklich bewegt.

- Herr Krüger stellt die Idee vor, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule ein Thema ihrer Wahl vorbereiten und anschließend in eine Sitzung der BV kommen, um mit den Mitgliedern darüber zu diskutieren.
- Frau Gorsler schlägt vor, dass Politiker in die Schulen gehen, um dort in den Klassen zu erklären, wie Kommunalpolitik als Mittel der Demokratie aufgebaut ist.
- Frau Bernert findet, dass die Ideen der Schülerinnen und Schüler, die den Kreisel an der Voltmannstraße/Schloßhofstraße gestaltet und in der Sitzung vorgestellt haben, ein gelungenes Beispiel für einen demokratischen Vorgang darstellen.
- Herr Dr. Hawerkamp schlägt ein Thema vor, dass ggf. in diesem Rahmen diskutiert werden könnte: Was kann getan werden, dass Ortskerne nicht weiter ausbluten, dass das Kleingewerbe nicht weiter abwandert, sondern gestärkt wird?

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer bittet darum, dass sich eine kleine Arbeitsgruppe bildet, die die Vorschläge auswertet und mit Maßnahmen und Terminen konkretisiert.

Es erklären sich Frau Gorsler, Frau Toledo Gonzalez, Frau Bernert und der Bezirksbürgermeister Herr Prof. Dr. Sauer bereit, in dieser Gruppe mitzuarbeiten. Frau Gorsler lädt die Gruppe ein.

Herr Hansen weist daraufhin, dass Rückmeldungen an Herrn Kricke vom

Büro des Rates bis zum 1.3.2019 erfolgen sollen.

Zu Punkt 13 **Zentrale Feier zum Volkstrauertag 2019 - Berufung einer Arbeitsgruppe**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer berichtet, dass der Volkstrauertag ein staatlicher Feiertag ist. Abwechselnd richten die Bezirksvertretungen die zentrale Gedenkfeier aus. 2019 ist Schildesche an der Reihe.

Eine kleine Arbeitsgruppe wird gebildet, die die Feier organisiert. Mitglieder sind: Frau Kleinekathöfer, Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer, Herr Wasyliw. Der Bezirkspolizist Oliver Stüwe als Vertreter der Vereinigung Schildescher Vereine und die Marienschule sollen einbezogen werden. Frau Kleinekathöfer lädt zu dieser Arbeitsgruppe ein.

Zu Punkt 14 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Zu Punkt 14.1 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand: Fußgänger-Überweg Sudbrackstraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer berichtet von einem Treffen

am 16.1.2019 vor Ort am Fußgängerüberweg FÜG Sudbrackstraße. An dem Treffen haben Vertreter der Bezirksvertretung, Herr Wöstenfeld-Habig vom Amt für Schule und Frau Pauly und Frau Hoheisel vom Amt für Verkehr teilgenommen.

Nach Aussage von Frau Pauly und Frau Hoheisel ist es nicht möglich, Zebrastreifen am vorhandenen FÜG anzubringen, wie es von der BV gewünscht wird. Nach geltendem Regelwerk sind an einem Überweg mit Zebrastreifen taktile Linien anzubringen, die nach dem Überqueren der Straßen den sehbehinderten Fußgänger bis an die Hauswand führen und dann helfen, sicher auf dem Bürgersteig weiterzugehen. Durch die Einfahrt an diesem Überweg ist es nicht möglich, die taktilen Linien anzubringen. Außerdem kann der Überweg durch die vorhandenen Bäume trotz zusätzlicher Lampen nicht genügend beleuchtet werden.

Das Amt für Verkehr schlägt vor, stattdessen einen Zebrastreifen an der Sudbrackstraße an der Stelle anzubringen, an der die Johanneswerkstraße in die Sudbrackstraße mündet. Das stellt für die BV Schildesche eine zusätzliche Gefahrenstelle dar, da Autofahrer häufig mit höherem Tempo in die Sudbrackstraße einbiegen.

Auch Frau Reiske, Schulleiterin der Sudbrackschule hat sich in einem Schreiben für den Erhalt des Überwegs an der bisherigen Stelle ausgesprochen. Sie konnte nicht an dem Vorort-Termin teilnehmen, hat sich unmittelbar danach schriftlich geäußert. Ergänzend zum Bericht von Herrn Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer nachfolgend die Argumente von Frau Reiske aus ihrer E-Mail (kursiv):

1. *„Unsere busfahrenden Kinder würden sicher nicht den Umweg zu der weiter entfernten Querungshilfe in Anspruch nehmen und versuchen, die viel befahrene Sudbrackstraße einfach so zu überqueren.*
2. *Abbiegende Autos von der Johanneswerkstraße zur Sudbrackstraße müssen sowohl nach links schauen und gleichzeitig rechts die Querungshilfe im Blick haben. Das halte ich für gefährlich.*
3. *Ihre Begründung, sehbehinderten Menschen einen guten Übergang zu gestalten, muss in Relation zu den vielen Kindern gesetzt werden, die tagtäglich diese Querungshilfe nutzen.*
4. *Die Kosten! Der Abbau der Querungshilfe an der einen Stelle um nur ca. 100m weiter die Querungshilfe an einer anderen Stelle wieder aufzubauen kostet mit Sicherheit mehrere tausend Euro. Ist das denn gerechtfertigt? Warum wird die bestehende Querungshilfe nicht besser ausgeleuchtet? Das kostet doch bestimmt sehr viel weniger Geld und ist sowohl für die Kinder als auch für die Menschen mit Behinderungen eine sehr sinnvolle Unterstützung.*

Ich lege mit dieser E-Mail ein entsprechendes Veto für die bestehenden Planungen ein. Ich gehe davon aus, dass ich auch weiterhin über den Stand der Dinge in Kenntnis gesetzt werde, damit ich Eltern, Lehrkräfte u.a. päd. Personal entsprechend informieren kann.“

Abschließend berichtet Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer, dass der Auftrag an die Verwaltung ausgesprochen wurde, die Argumente zu überprüfen. Zeitlich besteht kein Druck, da es gelungen ist, für die nächs-

ten Jahre einen Schülerlotsen zu verpflichten, der morgens und mittags vor Ort anwesend ist und die Kinder über die Straße begleitet.

-.-.-

Zu Punkt 15 **Verwendung von Sondermitteln für den Stadtbezirk Schildesche im Haushaltsjahr 2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Die ersten Anträge auf Sondermittel 2019 liegen vor.

Die Kita Huchzermeierstraße plant, 2019 ein Sommerfest zum Thema „Zirkus“ zu veranstalten. Für einen Mitmachzirkus stellt die Kita einen Antrag auf die Zahlung von 1.000 Euro.

Die BV Schildesche erklärt sich bereit, das Projekt mit 500 Euro zu unterstützen.

Außerdem liegt ein Antrag des Sportclub Bielefeld auf die Zahlung von 750 Euro vor. Damit möchte der Sportclub ein Projekt durchführen, das sonntags Kindern aus Flüchtlingsfamilien und Kinder aus sozial benachteiligten Familien die Gelegenheit bietet, gemeinsam Sport zu treiben.

Die BV Schildesche erklärt sich bereit, 750 Euro für die Zahlung für entstandene Aufwendungen bereitzustellen.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche beschließt,

- der Kita Huchzermeierstraße 500 Euro und
- dem SCB 04/26 e.V. 750 Euro

aus Sondermitteln für das Jahr 2019 zu zahlen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Prof. Dr. Martin Sauer
